

Inhalt

- 3 Editorial
- 4 Umwelt und Wirtschaft
- 7 Atomkraft
- 12 Klimaschutz
- 16 Verkehr
- 21 Urwaldschutz
- 25 Meeresschutz
- 28 Landwirtschaft

Impressum Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg, Tel. 040/306 18-0, Fax 040/306 18-100 **V.i.S.d.P.** Stefan Krug **Politische Vertretung** Berlin Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, Tel. 030/30 88 99-0, Fax 030/30 88 99-30, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Redaktion** Tina Loeffelbein/Greenpeace, diekoordinaten **Produktion** Christiane Bluhm **Fotos** S. 3: Samuel Zuder, S. 4: Roger Grace, S. 7: Bernd Hoff, S. 12: Santiago Engelhardt, S. 21: Markus Mauthe, S. 25: Roger Grace, S. 28: Greenpeace, alle © Greenpeace, S. 16: diekoordinaten Archiv, CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE **Gestaltung** diekoordinaten, Fabrikstr. 12, 24103 Kiel **Druck** Evers Druck GmbH, Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf **Stand** 07/09

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 97 338-207

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier



Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt einen durch den Menschen verursachten Klimawandel. Doch bis alle politischen Parteien diese bittere Wahrheit anerkannt haben, hat es Jahre gedauert. Wenn es genauso lange dauert, bis die Letzten begriffen haben, dass jetzt nur drastische Maßnahmen die schlimmsten Szenarien verhindern können, ist es zu spät. Das Abschmelzen des arktischen Eises beschleunigt sich schneller als befürchtet, pazifische Inselstaaten wie etwa Tuvalu sind durch den Anstieg des Meeresspiegels bereits vom Untergang bedroht.

Doch welche Themen bestimmen die politische Debatte im Wahljahr 2009? Sie wissen es selbst. Ein fruchtbarer Streit um die besten Wege aus der wirklich großen Krise, der Klimakrise, findet nicht statt. Natürlich: Blickt man in die Wahlprogramme der Parteien, sind alle irgendwie für Klima- und Umweltschutz. Doch ihre tatsächliche Haltung, ihre handfesten Pläne sind aus den allgemeinen, wohlklingenden Worten nur schwer herauszulesen. Um Klarheit zu schaffen, haben wir den Spitzenkandidaten der großen Parteien ganz konkrete Fragen gestellt, und fast alle haben persönlich geantwortet. Sie werden sehen: Einige Antworten sind sehr klar, andere sehr ausweichend. Beides ist aufschlussreich.

Der Schutz von Klima und Umwelt ist kein Luxus, sondern die Grundlage unseres Lebens und Wirtschaftens überhaupt. Machen Sie sich mit dem „Wahlkompass“ selbst ein Bild, wie zukunftsfähig die Parteien in der Krise sind.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Brigitte Behrens

Geschäftsführerin Greenpeace Deutschland e.V.

Umwelt und Wirtschaft

In Zeiten der Wirtschaftskrise gilt Klima- und Umweltschutz vielen Politikern noch immer als Luxus. Nur 13 Prozent der beiden milliardenschweren deutschen Konjunkturpakete wurden für ökologische Zwecke verwendet. Darunter auch ökologisch falsche Maßnahmen wie die Abwrackprämie.

Sicher ist, dass die ökonomischen Folgen eines ungebremsen Klimawandels die Schäden durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise bei weitem übertreffen würden: Dann entstünden weltweit bis 2050 voraussichtlich 20 Billionen Dollar jährliche Kosten.

Klare ökologische Bedingungen für staatliche Hilfsprogramme zugunsten von Banken und Unternehmen könnten die Wirtschaft zukunftsfähig machen und neue Arbeitsplätze schaffen. 280.000 Menschen sind schon heute in Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien beschäftigt – ungefähr zehnmal so viele wie in der Atom- und Kohleindustrie. Jährlich zahlt der Bund über 40 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen. Davon könnten weitreichende ökologische Konjunkturpakete finanziert werden.

Umwelt und Wirtschaft Hat der Kampf gegen den Klimawandel in Zeiten der Weltwirtschaftskrise für Sie oberste Priorität?

CDU



Pofalla Auch in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Bekämpfung des Klimawandels weiterhin eine zentrale Aufgabe von Politik. Wir wollen beides: die Krise überwinden und den Klimaschutz vorantreiben.



SPD



Steinmeier Dies ist eine Jahrhundertaufgabe. Klimaschutz ist zentral für Lebenschancen, Frieden und Sicherheit. Mit „green recovery“ (nachhaltigem Wachstum) wollen wir den Klimawandel abmildern und gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise herauskommen.



FDP



Westerwelle Klimaschutz funktioniert nicht ohne Menschen, die Arbeit haben und Steuern zahlen. Je schneller wir die Krise überwinden, desto besser für den Klimaschutz. Klimaschutz und Wirtschaft sollen keine Gegensätze sein. Prioritäten sind hier sinnlos.



B'90/Grüne



Künast Ja, eine ambitionierte Klimapolitik ist das beste Konjunkturprogramm. Nur wenn wir Ökonomie und Ökologie zusammen denken und unsere Wirtschaftsweise grundlegend umstellen, gehen wir gestärkt aus der Krise hervor.



Die Linke



Lafontaine Ja. Bei Wirtschafts- und Klimakrise handelt es sich um ein Systemversagen. Konjunktur- und Klimapolitik können – anders als von der Bundesregierung betrieben – Hand in Hand gehen.



Umwelt und Wirtschaft Sollten angesichts der Weltwirtschaftskrise die staatlichen Ausgaben für Umwelt- und Klimaschutz reduziert werden?

CDU



Pofalla Auch in der Krise müssen Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht werden. Wohlstand in einer zerstörten Umwelt ist kein Wohlstand. Wir verbinden die wichtigen Ziele und richten Politik daran aus.



SPD



Steinmeier Nein! Der SPD geht es gerade um die Verknüpfung der beiden Bereiche. Nachhaltiges Wachstum ist nur mit und durch Umwelt- und Klimaschutz möglich. Dieses Verständnis setzen wir mit unserer ökologischen Industriepolitik durch.



FDP



Westerwelle Die Weltwirtschaftskrise ist ein Musterbeispiel für die Folgen nicht nachhaltigen Wirtschaftens. Diese Einsicht muss auch bei allen staatlichen Ausgaben beherzigt und Geldverschwendung vermieden werden.



B'90/Grüne



Künast Nein, solche Ausgaben sind Zukunftsinvestitionen mit mehrfacher Rendite: Sie schaffen zukunftsfähige, sichere Jobs, nützen dem Klima und machen uns unabhängiger von teuren Gas- oder Ölimporten.



Die Linke



Lafontaine Nein. Die Förderung erneuerbarer Energien, von Energieeffizienz und Ressourcenschutz gehen in vielen Fällen auch mit der Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze einher.



Atomkraft

Atomkraft ist der gefährlichste Weg, Strom zu erzeugen. Eine Atom-Katastrophe in Deutschland, hervorgerufen durch einen Reaktorunfall oder einen Terroranschlag, würde Tod und Leid für Millionen Menschen bedeuten. Keiner der 17 deutschen Reaktoren würde den gezielten Absturz eines Passagierflugzeuges überstehen.

Auch die Frage nach der Endlagerung von deutschem Atom-müll ist noch immer unbeantwortet – das zeigt der Atommüllskandal um die Schachtanlage Asse II. Trotzdem wird weiter radioaktiver Müll produziert.

Das Festhalten an den Atommeilern behindert gleichzeitig den Ausbau der Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse. Und das ist fatal für den Klimaschutz und verhindert die Schaffung vieler neuer Jobs in diesen Zukunftstechnologien. Atomkraft schadet Deutschland. Daher muss es beim Atomausstieg bleiben.

Atomkraft Der Neubau von Atomkraftwerken ist in Deutschland seit 2002 gesetzlich verboten. Soll das so bleiben?



CDU

Pofalla Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab.

Atomkraft Sollten die im Atomausstieg vereinbarten Restlaufzeiten für Atomkraftwerke gekürzt, beibehalten oder verlängert werden?

Pofalla Wir streben eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind.



SPD

Steinmeier Ja!

Steinmeier Ich habe den Atomausstieg selbst verhandelt und werde ihn nicht antasten. Glauben Sie mir: Mit der SPD bleibt es beim vereinbarten Ausstieg.



FDP

Westerwelle Ja; die Kernenergie ist für die FDP eine Brückentechnologie.

Westerwelle Die Restlaufzeiten für Kernkraftwerke sollten verlängert werden.



B190/Grüne

Künast Ja! Die Risiken der Atomkraft sind unverantwortlich.

Künast Die Restlaufzeit darf auf keinen Fall verlängert werden. Eher gehört sie verkürzt. Das Atomausstiegsgesetz erlaubt, Restlaufzeiten von älteren auf neuere Atomkraftwerke zu übertragen. So könnten alte, besonders unsichere Atomkraftwerke früher vom Netz.



Die Linke

Lafontaine Ja. Der Betrieb von Atomkraftwerken birgt unverantwortlich hohe Risiken und die Endlagerfrage ist nach wie vor ungelöst. Atomkraftwerke blockieren zudem den notwendigen Umbau des Energiesystems.

Lafontaine Wir müssen schnellstmöglich raus aus der Atomwirtschaft.

Atomkraft Sind deutsche Atomkraftwerke Ihrer Ansicht nach ausreichend vor Terroranschlägen geschützt?

Atomkraft Ist eine sichere Endlagerung hochradioaktiver Atomabfälle überhaupt möglich? Und wenn ja, wo?

CDU



Pofalla Ja.



Pofalla Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Wir wollen eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben.



SPD



Steinmeier Schwächen gibt es besonders bei älteren Anlagen. Ich kenne die Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), die zu dem Schluss kommt: Keines der deutschen Atomkraftwerke bietet hundertprozentigen Schutz vor Terrorangriffen.



Steinmeier Es gibt noch keine sicheren Endlager. Das zeigen Probleme mit der Standsicherheit und Wassereintrüben im ehemaligen DDR-Endlager Morsleben und im Endlager-Forschungsbergwerk Asse II. Ein weiterer Grund für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft.



FDP



Westerwelle Ja; gleichzeitig gilt, dass die Sicherheit in den Kernkraftwerken an neue Erkenntnisse angepasst werden muss.



Westerwelle Eine sichere Lagerung dieser Abfälle ist unverzichtbar und möglich. Ob Gorleben sich eignet, muss unverzüglich geklärt werden.



B90/Grüne



Künast Nach den Anschlägen vom 11.09.2001 ist ein gezielter Terroranschlag eine reale Gefahr. Die deutschen Atomkraftwerke wären sogar schon durch den Absturz eines Kleinflugzeugs gefährdet. Gegen die Terrorgefahr hilft nur eins: Altanlagen vorzeitig vom Netz nehmen.



Künast Ich sehe weltweit kein wirklich sicheres Endlager, darum ist der Atomausstieg zwingend. Ein neues, ergebnisoffenes und transparentes Standortsuchverfahren muss neben Salz auch eine Endlagerung in Ton oder Granit einbeziehen.



Die Linke



Lafontaine Nein. Ein weiterer Grund für den Atomausstieg.



Lafontaine Eine wirklich sichere Endlagerung von Atommüll ist nicht zu gewährleisten.



Klimaschutz

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung, vor der die Menschheit steht. Um katastrophale Folgen zu verhindern, muss jetzt gehandelt werden. Deutschland hat nach den USA, China und Russland am meisten zum dramatischen CO₂-Anstieg in der Atmosphäre beigetragen. Deshalb müsste Deutschland jetzt bei den Verhandlungen für ein neues Klimaschutz-Abkommen Vorreiter sein. Stattdessen ist der Bau von 29 neuen Kohlekraftwerken geplant, die Strom auf die klimaschädlichste Art erzeugen.

Neue Techniken, die eine unterirdische Lagerung von Kohlendioxid ermöglichen sollen (CCS), werden – wenn überhaupt – nicht vor 2020 einsetzbar sein. Dabei wäre der Ausstieg aus der Kohle- und der Atomenergie möglich, ohne dass es zu Engpässen bei der Stromversorgung käme. Vor allem die Energieeffizienz, eine der größten Energiequellen, wird in Deutschland noch stark vernachlässigt.

CO₂-Emissionen weltweit



Quelle: IEA 2008/GRIDA/IPCC

Klimaschutz Sind Sie für den Neubau von Kohlekraftwerken über die derzeit in Bau befindlichen Kraftwerke hinaus?

CDU



Pofalla Wir setzen auf fossile Energiequellen, die effizient und klimaschonend genutzt werden müssen. Deswegen streben wir eine Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparcs an.



SPD



Steinmeier Ja. Das ist der Preis für den Atomausstieg, wenn wir Industrieland bleiben wollen. Ich will, dass der Anteil der erneuerbaren Energien rasch steigt. Doch vorerst brauchen wir die heimische Kohle. Wir wollen ineffiziente Alt- durch effiziente Neuanlagen ersetzen.



FDP



Westerwelle Ja. Allerdings will die FDP die Kohleverstromung durch CCS klimaverträglicher machen. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine Nachrüstung mit CO₂-Abscheidung möglich ist.



B'90/Grüne



Künast Nein. Jedes neue Kohlekraftwerk setzt für Jahrzehnte riesige Mengen CO₂ frei und zementiert alte, fossile Strukturen. Das schadet dem Klima und käme über den CO₂-Handel auch die Verbraucher teuer zu stehen. Die Zukunft liegt bei erneuerbaren Energien.



Die Linke



Lafontaine Neue umweltfreundliche Kohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung sollen in einer Übergangszeit alte Kohlekraftwerke ersetzen. Die Zukunft gehört der konsequenten Anwendung erneuerbarer Energien.



Klimaschutz Müssen wir befürchten, dass infolge des Atomausstiegs und der Verhinderung von neuen Kohlekraftwerken eine „Stromlücke“ entsteht und in Deutschland die Lichter ausgehen?

Klimaschutz Soll Ihrer Meinung nach CO₂ aus Kohlekraftwerken künftig unterirdisch verklappt werden?

CDU



Pofalla Ohne eine Laufzeitverlängerung besteht die Gefahr einer Stromlücke. Dies würde den Bezug von teurem Strom aus Nachbarländern – vielfach aus Kernkraft generiert – erforderlich machen.



Pofalla Die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) kann einen wichtigen Beitrag zur klimafreundlichen Nutzung fossiler Energieträger leisten.



SPD



Steinmeier Gute Politik hat dafür zu sorgen, dass das nicht geschieht. Darum brauchen wir neben dem entschiedenen Ausbau der erneuerbaren Energien die neue Generation von hocheffizienten Kohlekraftwerken. Der Atomausstieg aber gefährdet unsere Versorgung nicht.



Steinmeier Kohle wird noch mehrere Jahrzehnte weltweit der führende Energieträger bleiben. Darum brauchen wir die CO₂-Abscheidetechnologie. Nur damit bekommen wir die Bedürfnisse der Menschen und den Schutz des Klimas auf einen Nenner.



FDP



Westerwelle Eine Versorgungslücke wäre in diesem Fall tatsächlich zu befürchten, und sie könnte nur dadurch vermieden werden, dass ineffiziente und umweltschädliche Kohlekraftwerke weiter am Netz bleiben. Dies wäre ökologisch und ökonomisch widersinnig.



Westerwelle Kohleverstromung wird auf absehbare Zeit erforderlich bleiben. Die CCS-Technologie stellt Klimaverträglichkeit in Aussicht, wobei die unterirdische Lagerung von CO₂ eine von mehreren Möglichkeiten darstellt.



B90/Grüne



Künast Nein. Die „Stromlücke“ ist eine Stromlücken-Lüge. Unabhängige Studien, ja sogar die Berichte der Bundesregierung, belegen, dass auch ohne zusätzliche Kohlekraftwerke und bei gleichzeitiger Umsetzung des Atomausstiegs in Zukunft ausreichend Strom vorhanden sein wird.



Künast Die Energie der Zukunft ist 100 Prozent erneuerbar. Für Deutschland käme die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Lagerung eindeutig zu spät. Aber international gesehen sollte die CCS-Technologie nicht von vornherein ausgeschlossen werden



Die Linke



Lafontaine Dass eine „Stromlücke“ entsteht und die Lichter ausgehen, ist ein Totschlagargument der Energiewirtschaft. Deutschland verfügt über ausreichend technische Möglichkeiten, um eine stabile Versorgung mit Strom zu gewährleisten.



Lafontaine Die unterirdische CO₂-Verklappung ist Zukunftsmusik, die Erkundung möglicher Lagerstätten befindet sich im Forschungsstadium. Ein abschließendes Urteil ist verfrüht.

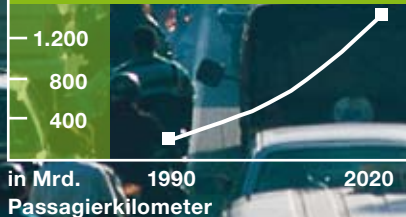


Verkehr

Im Verkehrsbereich hat bisher keine Bundesregierung den Klima- und Umweltschutz konsequent angepackt. Mit einem Verbrauch von knapp sieben Litern auf hundert Kilometer liegen deutsche Autos noch immer über dem europäischen Durchschnitt. Als einziges Industrieland der Welt hat Deutschland noch immer kein Tempolimit auf Autobahnen, obwohl dies auf einen Schlag über zwei Millionen Tonnen CO₂ einsparen und viele Tote und Schwerverletzte vermeiden würde.

Schwere, schnelle Autos mit hohem Verbrauch werden auch noch steuerlich gefördert: 70 Prozent der Limousinen und Geländewagen werden als steuerbegünstigte Dienstwagen zugelassen. Über millionenschwere Subventionen kann sich hierzulande auch der Flugverkehr freuen: Während die Bahn Energiesteuern zahlt, sind Flugzeuge von der Mineralölsteuer und bei Auslandsflügen von der Mehrwertsteuer befreit. Und das, obwohl Fliegen die mit Abstand klimaschädlichste Art der Fortbewegung ist und der Flugverkehr sich bis zum Jahr 2020 voraussichtlich verdoppeln wird.

Personenflugverkehr weltweit (Trend)



Quelle: OECD-Travel-Statistik 2000

Verkehr Deutschland ist weltweit das einzige Land ohne Tempolimit auf Autobahnen. Sind Sie dafür, auch bei uns ein solches Tempolimit einzuführen? Und wenn ja, wo sollte es liegen?

- | | | | |
|-------------------|--|---|-----------------------|
| CDU |  | Pofalla Ein generelles Tempolimit lehnen wir ab. Sinnvoll sind Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die das Tempo abhängig von Verkehrsaufkommen und Witterung regeln und so eine optimale Autobahnnutzung ermöglichen. | <input type="radio"/> |
| SPD |  | Steinmeier Die SPD hat ein Tempolimit von 130 km/h beschlossen. Wir wissen aber, dass dies nur ein Prozent der notwendigen CO ₂ -Einsparung bringt. Entscheidend sind moderne Antriebstechnologien, neue Kraftstoffe, Hybridtechnik oder die Marktreife des Elektroautos. | <input type="radio"/> |
| FDP |  | Westerwelle Wir brauchen kein generelles Tempolimit. Der Klimaschutzeffekt wäre minimal, zumal die Hälfte aller Autobahnkilometer bereits tempobeschränkt ist. Wir setzen auf den Emissionshandel als sektorübergreifendes Klimaschutzinstrument. | <input type="radio"/> |
| B'90/Grüne |  | Künast Ich bin für ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen. Nach einer Studie des Umweltbundesamtes würde diese kostenlose Maßnahme 2,2 Mio. Tonnen CO ₂ einsparen und die Verkehrssicherheit verbessern. | <input type="radio"/> |
| Die Linke |  | Lafontaine Ja, 130 Kilometer pro Stunde auf Autobahnen. Dadurch würde die Zahl der Verkehrstoten und -verletzten erheblich gesenkt und die CO ₂ -Emissionen deutlich reduziert werden. | <input type="radio"/> |

Verkehr Welchen Benzinverbrauch bzw. CO₂-Ausstoß sollten Ihrer Ansicht nach Neuwagen im Jahr 2020 maximal haben dürfen?



Pofalla Wir wollen, dass bis zum Jahre 2020 der CO₂-Ausstoß pro Kilometer auf bis zu 95 Gramm bei Neuwagen gesenkt wird. Dazu sind unter anderem eine verbesserte Motortechnik und der Einsatz von nachhaltig erzeugten Biokraftstoffen notwendig.



Steinmeier So wenig wie irgend möglich. Wir wollen „weg vom Öl“. Im Konjunkturpaket habe ich 500 Millionen Euro zusätzlich für die Erforschung alternativer Antriebe für das Auto der Zukunft durchgesetzt. Eine riesige Chance, um enorme Reserven zu erschließen.



Westerwelle Besser als CO₂-Obergrenzen ist die von uns vorgeschlagene Einbeziehung des Autoverkehrs in den Emissionshandel. Denn auf den theoretischen CO₂-Ausstoß kommt es nicht an, sondern auf den tatsächlichen Ausstoß durch Fahrleistung und Treibstoffverbrauch.



Künast Ziel für 2020 sind maximal 80 g/km CO₂ (ohne Anrechnung zusätzlicher Maßnahmen). Das entspricht 3,3 Liter Benzin bzw. 3 Liter Diesel auf 100 Kilometer. Das würde dem Klima nützen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie stärken.



Lafontaine DIE LINKE hatte sich dafür eingesetzt, dass die EU für neue Pkw 120 Gramm in 2012 und 80 Gramm in 2020 vorgibt.

Verkehr Flugbenzin ist von der Mineralölsteuer befreit. Sind Sie dafür, diese und weitere Vergünstigungen des Flugverkehrs aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes zu streichen?

Pofalla Eine Besteuerung von Flugbenzin macht nur im internationalen Kontext Sinn. Wir befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in das europäische und langfristig in ein globales Emissionshandelssystem.


Steinmeier Ja. Ich will eine Regelung auf europäischer Ebene. Ein weiteres wichtiges Instrument ist hier der europäische Emissionshandel.


Westerwelle Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger ohne einseitige Vergünstigungen. Nationale Alleingänge jedoch, die der Luftverkehrswirtschaft in Deutschland schaden, ohne dem Weltklima wirklich zu nutzen, lehnen wir ab.


Künast Ja. Der subventionierte Flugverkehr zum Taxitarif schadet dem Klima. Wir brauchen eine Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer bei Auslandsflügen und eine Flugticketabgabe. Außerdem muss der Emissionshandel für den Luftverkehr effektiver werden.


Lafontaine Wir wollen die Einführung einer EU-weit einheitlichen Kerosinsteuer.


Verkehr Die Hersteller von Autos mit hohem Verbrauch werden subventioniert, da ihre Produkte überwiegend als steuerbegünstigte Dienstwagen zugelassen werden. Sind Sie dafür, die Förderung von Dienstwagen mit hohem CO₂-Ausstoß zu reduzieren bzw. ganz zu streichen?

CDU  **Profalla** Die ab 1. Juli 2009 neu eingeführte Kfz-Steuer wird sich wesentlich nach dem CO₂-Ausstoß richten. Besitzer von CO₂-armen Fahrzeugen werden deutlich entlastet. Ein erneuter Änderungsbedarf ergibt sich nicht.

SPD  **Steinmeier** Wir sind gegen eine spezifische steuerliche Förderung von Dienstwagen. Wir wollen das Steuersystem generell so umstellen, dass mehr Anreize geschaffen werden, Fahrzeuge mit einem geringeren Schadstoffausstoß anzuschaffen.

FDP  **Westerwelle** Dienstwagen mit hohem und niedrigem Verbrauch werden heute steuerlich gleich behandelt. Anreize für niedrigen Spritverbrauch wollen wir nicht durch steuerliche Sonderregelungen, sondern durch die Einbeziehung auch der Dienstwagen in den Emissionshandel erreichen.

B'90/Grüne  **Künast** Ja! Firmenwagen, die mehr als 240 g/km CO₂ ausstoßen (10,3 Liter Benzin/9,1 Liter Diesel pro 100 km), wollen wir gar nicht mehr steuerlich fördern. Ansonsten muss gelten: je weniger CO₂-Ausstoß, desto mehr Förderung.

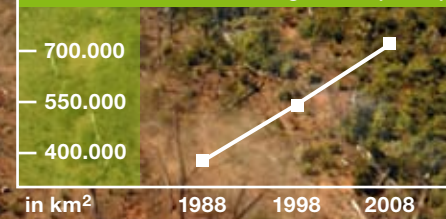
Die Linke  **Lafontaine** Die Förderung von Dienstwagen mit hohem CO₂-Ausstoß muss schrittweise abgebaut werden.

Urwaldschutz

Jedes Jahr büßt die Erde 15 Millionen Hektar Wald ein, eine Fläche dreimal so groß wie die Schweiz. Mit ihnen geht eine einzigartige Artenvielfalt und die Heimat von Millionen Menschen verloren. Urwälder werden für die Land- und Holzwirtschaft zerstört. Beispiel Amazonien: Dort wird Regenwald abgeholzt, um Rinder zu züchten, deren Leder in den Schuhen bekannter Markenhersteller verarbeitet wird. In Indonesien verschwinden Urwälder für den Anbau von Palmöl, das als Inhaltsstoff von Lebensmitteln oder als angeblicher „Bio-treibstoff“ in Deutschland verkauft wird.

Und weiterhin kann hierzulande straffrei mit Urwaldholz gehandelt werden, das aus illegalen Rodungen stammt. Die Entwaldung verursacht bereits 20 Prozent der CO₂-Emissionen – mehr als der weltweite Verkehr. Die Finanzierung von Urwaldschutz durch Industrieländer wie Deutschland ist also aus mehreren Gründen dringend geboten – und sie muss massiv sein. Schließlich sind weltweit etwa 30 Milliarden Euro pro Jahr nötig, um die rapide Waldvernichtung zu stoppen.

Waldverlust Amazonas-Regenwald (Trend)



Quelle: Brasilianische Raumfahrtbehörde (INPE)

Urwaldschutz Sind Sie dafür, den Import von Agrotreibstoffen und Futtermitteln zu unterbinden, wenn diese aus Urwaldzerstörung stammen?



CDU

Pofalla Wir unterstützen die Verabschiedung von Nachhaltigkeitsverordnungen sowie die Etablierung von internationalen Zertifizierungsprozessen, um eine nachhaltige Erzeugung von Biomasse sicherzustellen.



SPD

Steinmeier Wir brauchen eine international anerkannte Kennzeichnung, die die Nachhaltigkeit des Biomasseanbaus ausweist. Wer die grüne Lunge des Planeten zerstört, um Biotreibstoff herzustellen, führt die Idee nachwachsender Rohstoffe ad absurdum.



FDP

Westerwelle Die FDP will, dass auf EU-Ebene eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis umgesetzt wird, die sicherstellt, dass Biomasse aus Urwäldern nicht die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert.



B190/Grüne

Künast Wir fordern für Biomasse seit langem ein internationales verbindliches Zertifizierungssystem mit Öko- und Sozialstandards als Grundlage für Anbau und Import. Verdrängungseffekte (Bioenergie-Futtermittel-Lebensmittel-Urwald) müssen verhindert werden.



Die Linke

Lafontaine Ja. Für Agrosprit und Palmöl aus Nicht-EU-Ländern fordern wir sogar ein generelles Import-Moratorium, da die Nachhaltigkeit ihrer Produktion nicht gewährleistet werden kann.



Urwaldschutz Sollte die Bundesregierung deutlich mehr Geld als bisher für den Schutz der Urwälder in Entwicklungsländern bereitstellen?

Pofalla Wir werden die Mittel für den Schutz der Regenwälder deutlich aufstocken und auch einen Teil der Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 dafür verwenden.



Steinmeier Wir wollen einen internationalen Waldschutzfonds, um den Schutz von Wäldern und anderen Kohlenstoff speichernden Ökosystemen sicherstellen zu können. So steht es in unserem Regierungsprogramm.



Westerwelle Urwaldschutz braucht konsequente Armutsbekämpfung in den betroffenen Ländern in Verbindung mit ausagefähiger Holzzertifizierung. Die FDP unterstützt in diesem Sinne zum Beispiel Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung.




Künast Ja. Waldschutz braucht ein tragfähiges Finanzierungssystem, an dem sich Deutschland besser beteiligen muss als bisher. Die von Frau Merkel zugesagten Gelder müssen endlich fließen.





Lafontaine Ja.





Urwaldschutz Sollten Besitz und Handel von Holz aus illegalem Einschlag in Deutschland unter Strafe gestellt werden?

CDU  **Pofalla** Eine Bestrafung von Handel und Besitz von Holz aus illegalem Einschlag in Deutschland würde sowohl gegen EU- als auch WTO-Recht verstoßen.

SPD  **Steinmeier** Wir können den Import illegal eingeschlagenen Holzes und der daraus hergestellten Produkte in die EU wirksam eindämmen, wenn wir die Partnerschaftsabkommen nutzen. Für alle Handelspartner muss klar sein: Wir wollen keine schwarze Ware.

FDP  **Westerwelle** Der Handel mit illegal eingeschlagenem Tropenholz muss konsequent verfolgt werden. Durch gezielte Nachfrage nach zertifizierten Holzprodukten müssen Verbraucher zum Urwaldschutz beitragen können. Aber die Zertifizierung muss politisch unabhängig bleiben.

B'90/Grüne  **Künast** Illegalen Handel zu ahnden, ist ein zentraler Punkt beim Urwaldschutz. Unser grüner Gesetzesvorschlag zur Einführung eines nationalen Handelsverbotes für illegales Holz wurde leider von CDU, CSU, SPD und FDP im Bundestag abgelehnt.

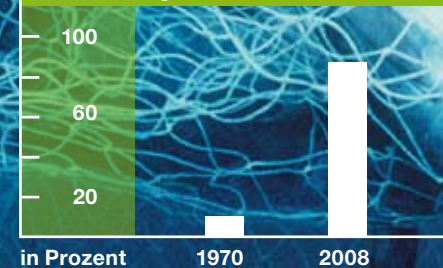
Die Linke  **Lafontaine** Die Einfuhr von und der Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz sind EU-weit oder alternativ auch auf nationaler Ebene durch ein Urwaldschutzgesetz zu verbieten.

Meeresschutz

Wenn die Meere weiter so ausgebeutet werden wie bisher, wird es die meisten Fischarten im Jahre 2050 nicht mehr geben. 80 Prozent der weltweiten Fischbestände gelten als überfischt oder bereits erschöpft. Es muss weniger Fisch aus den Meeren geholt werden und das mit schonenden Fangmethoden. Auch in Nord- und Ostsee gibt es zu wenige Meeresschutzgebiete, und selbst dort darf aufgrund widersprüchlicher Regelungen weiter gefischt oder auch Kies vom Meeresgrund abgebaut werden.

Außerdem haben Politik und Lebensmittelhandel bisher versäumt, dem Verbraucher durch Kennzeichnungsregeln eine klare Orientierung beim Fischkauf zu geben. In Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verzehr an Fisch bei 15,5 Kilogramm pro Jahr. Welche Fischarten Sie kaufen können und welche Sie eher meiden sollten, können Sie aus dem neuesten Fischatgeber von Greenpeace erfahren: www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei


Überfischung der Fischbestände innerhalb der EU




Quelle: Europäische Kommission: Fangmöglichkeiten 2009

Meeresschutz 80 Prozent der weltweiten Fischbestände sind überfischt oder am Rande des Zusammenbruchs. Was würden Sie als Regierungspartei unternehmen, um den Schutz der Bestände international durchzusetzen?


Meeresschutz Sind Sie dafür, mehr Schutzgebiete in Nord- und Ostsee einzurichten und diese für Fischerei und Rohstoffabbau zu sperren?

CDU  **Pofalla** Die nachhaltige Bewirtschaftung der internationalen Fischbestände ist ein wichtiges Ziel unserer Fischereipolitik. Wir unterstützen weiterhin alle Vorhaben auf europäischer Ebene sowie ein umfassendes Walfangverbot.


Pofalla Wir fordern, dass die bestehende nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere konsequent umgesetzt wird. Wir wollen eine Vernetzung ökologisch wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem.

SPD  **Steinmeier** Wir unterstützen die Errichtung wirksamer Meeresschutzgebiete auch außerhalb nationaler Hoheitsgewässer. Für den Schutz der Tiefseeökosysteme wollen wir als Sofortmaßnahme ein Moratorium der Tiefseeschleppnetzfischerei durchsetzen.


Steinmeier Ja, unser Ziel ist die Schaffung des ersten Meeresnationalparks, in dem der Naturschutz Vorrang vor allen Nutzungen hat.

FDP  **Westerwelle** Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss auch seitens der EU darauf hingewirkt werden, dass ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen wird. Außerdem wollen wir unter anderem die Überdüngung der Meere verringern.

Westerwelle Nord- und Ostsee bedürfen eines besonderen Schutzes. Die FDP steht für die Erhaltung, die geeignete Wiederherstellung und eine nachhaltige Nutzung der Meeresumwelt, der Küsten und der Feuchtgebiete.

B'90/Grüne  **Künast** Wir würden folgende drei Punkte zuerst angehen: ein Rückwurfverbot von nicht überlebensfähigem Beifang, einen Abbau der Flottenkapazitäten und eine Gebühr für die Nutzung der Fischereiresourcen in Europa.

Künast Ich bin immer für die konsequente Einrichtung eines Schutzgebietnetzes auf hoher See eingetreten. Dazu muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Linke  **Lafontaine** Niedrigere Fangquoten, Programme zur Stilllegung von Fangkapazitäten, Einrichtung von Meeresschutzgebieten sowie ein Verbot der Grundnetzfisherei auf hoher See.

Lafontaine Ja, DIE LINKE hat dies mehrfach im Bundestag gefordert und die entsprechenden Initiativen von Greenpeace unterstützt.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft soll gesunde Lebensmittel erzeugen. Doch die industrielle Landwirtschaft geht andere Wege: Pestizide und Düngemittel vergiften Obst, Gemüse und das Trinkwasser. Niemand weiß, welche Auswirkungen es auf das ökologische Gleichgewicht hat, wenn Getreidesorten, Kartoffeln oder sogar Bäume aus wirtschaftlichen Gründen gentechnisch manipuliert werden.

Fast fünf Millionen Tonnen Soja werden in Deutschland jährlich verfüttert, um Fleisch und Wurst zu produzieren. Und für den Anbau von Soja werden in Südamerika die Urwälder gerodet. Doch auch in Europa hat die ungebremste Fleischproduktion durch Massentierhaltung gravierende Folgen für die Umwelt. Weltweit raubt die industrielle Landwirtschaft Kleinbauern die Lebensgrundlage und verschärft das Hungerproblem. Außerdem zerstört sie die Artenvielfalt und konzentriert immer mehr Marktmacht in den Händen weniger Agrarkonzerne.

Die Agrarsubventionen, die rund die Hälfte des EU-Haushaltes ausmachen, gehen oft in die Kassen großer Unternehmen, statt kleine Betriebe zu fördern. Deutschland war einmal Vorreiter im Ökolandbau. Heute beträgt der Anteil nur fünf Prozent der Anbaufläche.

Landwirtschaft Nach dem Anbauverbot für Gen-Mais MON 810 durch die Bundeslandwirtschaftsministerin: Sind Sie generell für ein Anbauverbot von genetisch veränderten Pflanzen in Deutschland?

CDU



Pofalla Nein, wir sind gegen ein generelles Anbauverbot, weil die Grüne Gentechnik auch viele Chancen birgt. Sicherheit und Unbedenklichkeit müssen vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden und haben Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen.



SPD



Steinmeier Tatsache ist: 80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Auch deshalb setze ich mich für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft ein.



FDP



Westerwelle Die FDP tritt für die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig und bieten Vorteile für Verbraucher, Umwelt und Landwirtschaft.



B90/Grüne



Künast Mein Ziel ist, dass keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, da sie Mensch, Umwelt sowie die gentechnikfreie Produktion in der konventionellen und biologischen Landwirtschaft gefährden. Und bitte keine Gentechnik in den Futtertrögen!



Die Linke




Lafontaine Ja, denn die Agro-Gentechnik widerspricht dem Umwelt- und Verbraucherschutz, ist teuer, nutzlos und vertieft die Abhängigkeiten von internationalen Saatgutkonzernen.




Landwirtschaft Sind Sie dafür, in Deutschland eine Abgabe auf Pestizide zu erheben, die die Gefährlichkeit dieser Agrarchemikalien berücksichtigt?


Landwirtschaft Wie hoch sollte Ihrer Meinung nach der Anteil des Ökolandbaus in Deutschland im Jahre 2020 sein?

CDU  **Pofalla** Wir setzen auf strenge Schutzstandards bei Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Dies ist sachgerechter als eine Abgabe, die ja weder den Schutz der Umwelt noch der Menschen gewährleistet.


Pofalla Die Bewirtschaftungsform liegt in der freien Entscheidung jeden Landwirtes. Eine Zielgröße geben wir nicht vor. Wir werden aber den Ökolandbau weiterhin verlässlich fördern und die Forschung intensivieren.

SPD  **Steinmeier** Zu prüfen ist, ob Abgaben auf mineralische Stickstoffdünger und synthetische Pflanzenschutzmittel wirksam sind – auch beim Klimaschutz. Wenn das der Fall ist, sind wir dafür.


Steinmeier Die Nachfrage nach Bioprodukten ist hoch. Das Angebot soll damit Schritt halten. Wir müssen dabei besonders auf regionale Produkte achten, denn jeder unnötige Transportkilometer ist zu viel.

FDP  **Westerwelle** Die FDP ist für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft zur Ernährung der stetig steigenden Weltbevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln in ausreichender Menge. Dafür sind Pflanzenschutz- und Düngemittel erforderlich.

Westerwelle Die FDP unterstützt den Ökolandbau und ist für ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller landwirtschaftlichen Anbaumethoden. Der Anteil des Ökolandbaus in Deutschland im Jahre 2020 hängt insbesondere davon ab, wie sich Angebot und Nachfrage bis dahin gestalten.

B'90/Grüne  **Künast** Wir Grüne wollen den Pestizideinsatz durch ein Reduktionsprogramm mit quantitativen Zielen, strengen Umwelt- und Verbraucherschutzauflagen sowie einem Ausbau des Ökolandbaus vermindern.

Künast Jeder Hektar mehr ist ein Gewinn. Selbst der Weltagrarrat sagt in seinem Bericht für die UN: Ökologisch, nicht mit Chemie oder Gentechnik, lösen wir das Hungerproblem. Mit dem notwendigen politischen Schwung könnten wir bis 2020 in Deutschland einen Ökolandbau-Anteil von 25 bis 30 Prozent erreichen.

Die Linke  **Lafontaine** Mit der neuen EU-Richtlinie zur Zulassung, Anwendung und zum Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln sind neue Möglichkeiten zur Eingrenzung gefährlicher Pflanzenschutzmittel geschaffen worden.

Lafontaine Der ökologische Landbau sollte systematisch ausgebaut werden.